

Randbemerkungen zur neuesten Entwicklung der schweizer. Arbeiterbewegung [Schluss]

Autor(en): **Müller, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **16 (1915-1916)**

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-917270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RANDBEMERKUNGEN ZUR NEUESTEN ENTWICKLUNG DER SCHWEIZER. ARBEITERBEWEGUNG

(Schluss.)

3.

Vor vierzehn Tagen skizzierten wir das Verhältnis zwischen dem Grütliverein und der sozialdemokratischen Partei, wie es lag und blieb bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts.

Eine wesentliche Verschiebung hierin erfolgte indessen im ersten Jahre des neuen Jahrhunderts durch die sogenannte „*Solothurner Hochzeit*“, die Eingliederung des Grütlivereins in die Sozialdemokratie. Da in diesem Ereignis der Schlüssel zum Verständnis der gesamten weiteren Entwicklung der schweizerischen Arbeiterbewegung und der heutigen Situation des Grütlivereins liegt, so ist es notwendig, etwas näher darauf einzugehen.

Im Jahre 1888 war es, namentlich auf Betreiben des Bernischen Fürsprechers Albert Steck, neuerdings zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei gekommen, die sich, wie ihr Programm erkennen ließ, eng an die Anschauungen anlehnte, welche in der deutschen Sozialdemokratie maßgebend geworden waren. Die junge Partei, die unverkennbar im Gegensatz zum Grütliverein gebildet war, blieb aber lange Jahre hindurch ein organisatorisch recht schwaches Gebilde; die Zahl der Sektionen und Mitglieder wollte nicht wachsen, die Parteitage boten das Bild der Schwäche und Aktionsunfähigkeit. Andererseits war nicht zu verkennen, dass der in dieser Partei zur schärferen Ausprägung gelangte Gedanke einer klaren, prinzipiellen Arbeiterpolitik, einer selbständigen Vertretung der Arbeiterinteressen auf eidgenössischem Boden berechtigt war und der inzwischen erfolgten sozialen Entwicklung der Arbeiterklasse in der Schweiz entgegensprach.

In vielen Orten, namentlich aber in den größeren Städten, hatte sich während der beiden letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts mit der ziffermäßigen Zunahme und dem starken inneren Wachstum der industriellen Unternehmungen das Arbeiterelement bedeutend verstärkt. Und was noch wichtiger war: mit der quantitativen Vermehrung hatte eine *qualitative Veränderung* dieser

Bevölkerungsschicht Platz gegriffen, vor allen Dingen in den Mittelpunkten des wirtschaftlichen und politischen Lebens der Schweiz. Hier wuchs in den schnell entstandenen Arbeitervierteln eine neue Generation von Proletariern heran, deren geistige Physiognomie sich scharf von der des bisherigen schweizerischen Arbeitertypus unterschied.

Da die Bevölkerung, die in den aufkommenden schweizerischen Industrien die Arbeit verrichtete, vorwiegend aus dem *Kleinbauernstand* stammte, so bewahrte sie auch noch Generationen hindurch viel von dessen Denkweise, seinen Traditionen und Sitten und seinem Gefühlsleben, zumal vielfach noch die Verbindung von Fabrikarbeit mit der Arbeit auf der eigenen kleinen Scholle erhalten blieb. Als aber die Täler aufhörten, die Hauptsitze der Fabrikindustrien zu bilden, als sich diese in zunehmendem Maße in den Städten niederließen, da veränderten naturgemäß die neuen, ganz anders gearteten Lebensverhältnisse, unter denen dort die Arbeiter ihr Brot verdienten und ihr Dasein gestalteten, ihren geistigen Habitus. Statt dauernd auf dem gleichen Fleck, oft noch in eigener Hütte, wohnte der städtische Proletarier bald hier, bald dort in Mietskasernen, zusammen mit anderen Arbeitern aus anderen Landsteilen, oder gar mit Landesfremden, mit Deutschen, Österreichern, Franzosen, Italienern usw. Statt den einfachen, kleinen, leicht übersehbaren Verhältnissen seines heimatlichen Dorfes sah er sich in der Stadt einer lebhaft bewegten, unaufhörlich fluktuierenden, vieltausendköpfigen Gesellschaft gegenübergestellt, mit schroffen sozialen Gegensätzen, der Entfaltung von prunkendem Reichtum und hilflosem Elend. Die geistigen und sittlichen Mächte, die früher in seinem Leben eine Rolle gespielt hatten, die Gemeindebehörden, der Pfarrer, der Lehrer, traten in dem städtischen Milieu nahezu ganz zurück und machten anderen Platz, dem Wirtshaus, der Zeitung, dem Fachverein. Zunächst erstaunter Zuschauer heftiger politischer und sozialer Kämpfe, fand er sich bald in diese hineingezogen. Eine mit neuen Ideen und sittlichen Werturteilen erfüllte Atmosphäre umgab ihn, drang in ihn Tag für Tag ein und ließ ihn sich meist unbewusst loslösen von den Anschauungen und Gefühlen, mit denen er vor Jahr und Tag in die Stadt gezogen war. So wurde aus dem bodenständigen, in vaterländischen und religiösen Traditionen lebenden Arbeiter vielfach ein entwurzelter, national indifferenter und „aufgeklärter“ Proletarier,

ein seiner früheren Individualität mehr oder weniger entkleideter gleichförmiger Bestandteil einer proletarischen Masse, der mit dieser von neuen wechselnden Stimmungen bewegt wurde.

Es ist nun leicht verständlich, dass bei diesen Arbeiterschichten eine sozialdemokratische Agitation, wie sie sich unter ähnlichen Verhältnissen früher schon in einigen Nachbarländern ausgebildet hatte, in wachsendem Maße Anhang finden musste. Der Appell an ihr „Klasseninteresse“, der Aufruf zum „Klassenkampf“, der unaufhörliche Hinweis auf die Notwendigkeit der „Organisation“ konnte nicht wirkungslos verhallen. Gelegentliche Erfolge bei Wahlen, Streiks etc. brachten den Massen ihre politische und wirtschaftliche Macht zum Bewusstsein. Die ganze Ideenwelt des Marxischen internationalen Sozialismus war auf die psychische Konstitution des modernen Proletariats abgestimmt. Wie Prof. Robert Michels in Basel in seiner Studie über August Bebel im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (Bd. 37, S. 692) übereinstimmend mit Dr. W. Hellpach bemerkt hat, lassen sich am modernen städtischen Proletariat zwei Eigenschaften als besonders hervorstechend erkennen: „Einerseits starke Instinkte, ein kräftiges Begehren, andererseits das Fehlen entschlossener Tatkraft, die fähig wäre, diese Wünsche in Taten umzusetzen und die in eine gewisse Apathie ausmündet. In der Tat beruht zum Teil auf dieser psychischen Veranlagung die suggestive Wirkung, die der Marxismus auf die Massen ausübt. Denn keine Theorie kommt so wie er den beiden Charakterzügen der Massen entgegen: er verspricht den Begehrenden Erfüllung ihrer Wünsche und verlangt, da die Erfüllung selbsttätig eintreten soll, vom Begehrenden keine besonderen Anstrengungen. Er braucht nur seinen Beitrag der Parteikasse zu entrichten und bei den Wahlen einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Das andere besorgt die Entwicklung.“

Bei dieser Lage der Dinge musste schließlich auch in der Schweiz eine sozialdemokratische Partei Erfolge erzielen, die weniger auf den beschwerlichen Weg, der „durch Bildung zur Freiheit“ führt, abstellte, als auf den bequemeren der Erringung der politischen Macht durch Organisation der Massen. Die sozialdemokratische Ideenwelt hatte sich schon früher, gestützt auf die Autorität eines Marx, Engels, Kautsky, sowie auf ihre großen Erfolge bei den Arbeitermassen in Deutschland und anderen Staaten,

leicht die Köpfe einer Reihe von Arbeiterführern erobert, denen sie ebenfalls manch anziehende Seite darbot. So konnte es nicht ausbleiben, dass, nachdem die Sozialdemokratie einigermaßen erstarkt war, nochmals der Versuch gemacht wurde, die kräftigste und leistungsfähigste Arbeiterorganisation der Schweiz, den Grütliverein, für ihre Politik zu gewinnen, zumal sich in diesem immer mehr in leitenden Stellungen befindliche Mitglieder der Sozialdemokratie zugewandt hatten.

Dem geschickten Vorgehen des damaligen Sekretärs des schweizerischen Grütlivereins, E. Wullschleger, war es in der Hauptsache zu verdanken, dass sich der Verein mit dem lange perhorreszierten Gedanken abfand, die tragende Hauptsäule der sozialdemokratischen Partei zu bilden. 1901 kam der Pakt in Solothurn zustande. Entsprechend den damals vorhandenen Machtverhältnissen war dem Grütliverein in der Partei insofern gewissermaßen eine bevorrechtete Stellung eingeräumt, als zwischen seiner Leitung und der der Partei ein enges Verhältnis hergestellt wurde. In § 4 der Parteistatuten war bestimmt: „Die Geschäftsleitung hat ihren Sitz am Ort des Zentralkomitees des schweizerischen Grütlivereins. Sie wird gebildet aus dem jeweiligen siebengliedrigen engeren Grütlizentralkomitee und sechs von den parteigenössischen Organisationen des Vororts zu wählenden Parteigenossen.“ Da jedoch diese Leitung auf die eigentliche Politik der Partei einen verhältnismäßig geringen Einfluss ausübte, diese vielmehr in der Hauptsache von der Parteipresse und ihren Redakteuren gemacht wurde, in begreiflicher Anpassung an die Stimmung der städtischen Arbeiterschichten, also im Geiste eines unhistorischen Radikalismus und einer negativen Kritik, so war es unausbleiblich, dass der Grütliverein von Anfang an weniger eine führende Rolle in der Partei spielte, als dass er von der sich in der Partei entwickelnden Strömung nach links mitgerissen wurde.

Auch sonst verursachte die „Solothurner Hochzeit“ dem Grütliverein starke Enttäuschungen. Im Jahre 1890 hatte er 353 Sektionen mit 16391 Mitgliedern gezählt. Im Jahre 1903 war er auf 293 Sektionen mit 8912 Mitglieder zusammengeschrumpft. Massenhaft hatten ihm seine Mitglieder den Rücken gekehrt. Die, welche die Schwenkung zur Sozialdemokratie nicht mitmachen zu können glaubten, traten aus; die, welche sich in erster Linie schon als Sozialdemokraten fühlten, konnten die Mitgliedschaft in der Partei

billiger haben, wenn sie sich den lokalen Parteiorganisationen, den sogenannten Mitgliedschaften anschlossen. Das verursachte in den Kreisen der Grütlianer begreiflicher Weise Befürchtungen und Verstimmungen, zumal auch seine Institutionen, besonders aber sein Organ, der *Grütlianer*, unter der Konkurrenz der in fast allen größeren Städten neuentstandenen Parteiblätter zu leiden hatte. Es bedurfte der ganzen Anstrengung der Männer im Grütlizentralkomitee, den Verein zu kräftigen und seine historische Stellung in der Arbeiterbewegung aufrecht zu halten.

Aber gerade durch dies sein Bemühen zog er sich alles andere als die Sympathie verschiedener in der sozialdemokratischen Partei maßgebenden Führer und Redakteure zu. Sie empfanden den Grütliverein, der trotz seines Bekenntnisses zum Parteiprogramm noch immer die Pfluggestalt einer nicht völlig klassenkämpferischen Auffassung des Sozialismus blieb und diesen mit seiner traditionell vaterländischen Gesinnung zu vereinigen bemüht war, oftmals als ein Hindernis ihrer Politik, und sein Organ als ein ihre eigene Presse schädigendes Unternehmen. Hier und da wurden die Sektionen des Grütlivereins sogar offenkundig von sozialdemokratischer Seite bekämpft, wie denn überhaupt wohl im stillen die Hoffnung dahinging, eines Tages den Grütliverein beerben zu können.

Aus noch einem anderen Grunde bildete sich in der sozialdemokratischen Partei eine zunächst noch versteckte Opposition gegen den Grütliverein heraus. Sie hatte ihren Grund in der energischen Betonung des Grundsatzes durch den Grütliverein, dass in öffentlich-politischen Parteiangelegenheiten nur Genossen mitentscheiden sollten, die Schweizerbürger seien. Der Grütliverein bekundete dies u. a. dadurch, dass er Ausländern bei sich nur eine Art Gastrecht gewährte. Die sozialdemokratischen Mitgliedschaften räumten dagegen ihren ausländischen Mitgliedern die gleichen Rechte ein, wie den Schweizerbürgern. Die fremden Genossen fanden diese „Internationalität“ selbstverständlich, den Standpunkt des Grütlivereins dagegen chauvinistisch und engherzig. Kein Wunder daher, dass bei dem Bestreben der ausländischen Arbeiterelemente, die Schweizer zu richtigen Sozialdemokraten zu erziehen, wozu sie sich besonders berufen glauben, der Grütliverein als ein schweres Hindernis zur Herstellung der *einen* großen internationalen Klassenkampfpartei empfunden wurde.

Von dieser Seite wurde denn auch unausgesetzt dahin gearbeitet, den Grütliverein als kleinbürgerliches und rückständiges Inventarstück zu zertrümmern.

Aus all diesen Verhältnissen heraus erklärt es sich, dass schon ein Jahrzehnt nach der „Solothurner Hochzeit“ neuerdings die Frage der Parteiorganisation wieder „brennend“ geworden war und der 1911 in Olten tagende Parteitag über die Revision der Parteistatuten beschließen sollte, obwohl der Grütliverein auf seiner Bieler Delegiertenversammlung im gleichen Jahr es abgelehnt hatte, sich mit dieser Frage zu befassen. „Dieser Beschluss war, wie der Zentralpräsident des Grütlivereins, Paul Pflüger, in Olten offen erklärte, hervorgegangen aus der Misstimmung über die abschätzig Behandlung, welche sich der Grütliverein und seine Mitglieder seit einigen Jahren von andern Genossen gefallen lassen mussten.“

Trotzdem wurde mit Mehrheit (217 gegen 163 Stimmen) beschlossen, auf die Beratung des Statutenentwurfs einzutreten, der von einer Kommission vorher ausgearbeitet und vorgelegt worden war. Charakteristischerweise hatte auch der überwiegend aus Ausländern bestehende, sozialdemokratische Verein „Eintracht“ einen Gegenentwurf eingereicht, der den Grütliverein völlig ignorierte und eine streng zentralistische Parteiorganisation nach deutschem Muster vorsah.

Die Debatten, die bei diesem Anlass geführt wurden, ließen in der Tat keinen Zweifel darüber, dass, wie Otto Lang ausdrücklich bemerkte, die sogenannte Ausländerfrage „doch eigentlich das zentrale Problem ist, nach welchem wir uns bei Annahme oder Verwerfung dieses Statuts orientieren“ (Protokoll S. 105), obwohl er persönlich in dem Einfluss der deutschen Genossen keine Gefahr erblicken zu können erklärte. „Wir reden so viel von unseren nationalen Gefühlen, von geschichtlichen Traditionen. Aber wir revolutionäre Sozialisten dürfen diese Dinge nicht so hoch einschätzen; wir müssen mit einer Tradition brechen, die Generationen lang nur noch äußerlich der kapitalistischen Gesellschaft in den Knochen steckt.“ (S. 109.)

Anderer Ansicht war Paul Pflüger; er bemerkte in dieser Hinsicht:

„Wenn die ausländischen Genossen in der Besprechung politischer Fragen, nämlich bei Abstimmungen in den Wahlversammlungen, bei der Aufstellung von Kandidaten für unsere Gemeinde-, Bezirks-, kantonalen und eidgenössischen

Ämter, mitstimmen können wie die schweizerischen Genossen, dann wird es in manchen Arbeiterunionen, wo die Ausländer in der Mehrheit sind, dazukommen, dass von dieser Seite aus die Kandidaten aufgestellt werden und die Schweizer Genossen sie dann wählen müssen, während die ihnen genehmen Genossen nicht in die Wahl kommen. Und weiter tritt dann die sonderbare Erscheinung ein, dass bei Gesetzesabstimmungen u. dgl. die Schweizer Genossen in den Kampf treten mit der Waffe, die sie allein besitzen — dem Stimmzettel — und das zur Ausführung bringen, was die ausländischen, nicht stimmberechtigten Genossen, ihnen gewissermassen diktiert haben. Unter solchen Umständen wird sicher Laxheit eintreten. Diese Entwicklung der Dinge sehen wir voraus.

Man kann doch nicht bestreiten, dass in der Auffassung unserer innerpolitischen Angelegenheiten, z. B. in der Beurteilung von Kandidaten, nicht unerhebliche Differenzen bestehen zwischen deutschen — speziell norddeutschen — und schweizerischen Genossen. Wir können es nicht verstehen, wenn ein Norddeutscher in die Schweiz kommt und nach einigen Wochen frisch und froh Vorträge hält über den Gotthardvertrag oder über das Verhältnis des Grütlivereins zur Sozialdemokratie.“

Als diesen Ansichten auch Greulich bis zu einem gewissen Grade beistimmte, indem er bemerkte:

„Die Ausländer sollen das Recht haben, auch über die politischen Fragen mit uns andern zu sprechen. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn ganze Vereine, die zu $\frac{3}{4}$, ja sogar zu $\frac{9}{10}$ aus Ausländern bestehen, sich als eigene Organisation hinstellen und politische Fragen, wie Wahlen usw. besprechen und darüber manifestieren. Wenn die Einsicht nicht vorhanden war, dass das nicht geht, so muss man es sagen, und zwar mit aller Entschiedenheit sagen.“ (S. 97)

opponierte ihm scharf ein Vertreter der „Eintracht“ in Zürich mit folgenden Worten:

„Genosse Greulich hat erklärt: wenn ein Ausländer als Einzelperson kommt, ist er uns willkommen. Dass man aber einer Gesamtorganisation wie z. B. der „Eintracht“, das Recht verweigert, über Dinge auf dem Platze Zürich zu reden, dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Wir sind genau so gute Sozialisten wie die Mitgliedschafter und die Grütljaner. Wir wollen gerade dadurch, dass wir uns mit internen Fragen und Angelegenheiten befassen, die Möglichkeit schaffen, dass die zugereisten Genossen sich in der schweizerischen Politik heimisch machen können, dass sie die schweizerischen Zustände, die so kompliziert sind, verstehen können. Verwehren Sie uns das — was sollen wir dann noch in der Partei? Wir bleiben dann eine ausländische Organisation, die jederzeit zu Ihnen im Gegensatz stehen wird. Wenn wir Euch materiell unterstützen wollen, z. B. bei Flugblätterverteilung, dann wird das wohl angenommen, die Mitberatung aber verweigert. — So schließen wir uns halt der deutschen oder österreichischen Partei an, dann sind wir isoliert. Aber Sie verlieren dadurch eines der besten Elemente, *eine treibende Kraft (!)*. Wenn unsere Organisation in der Schweiz ins Fahrwasser des Grütlivereins käme, dann würde sicher niemand opponieren. *Aber weil wir Ausländer — nicht aus Unkenntnis der Sache — mit der Opportunitätspolitik nicht einverstanden sind, deshalb will man immer mehr die Rechte der Ausländer beschneiden.*“ (S. 100.)

Die hier mitgeteilten authentischen Äußerungen aus dem Protokoll des Oltener Parteitags sprechen wohl für sich selbst und lassen kaum einen Zweifel darüber, dass die Frage des Einflusses der ausländischen Elemente auf die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie, wenn auch nicht allein, zur Revision der Parteitatsuten Veranlassung gegeben hatte. Immerhin war damals das Gefühl, der Grütliverein dürfe in seiner Selbständigkeit und Organisation nicht angetastet werden, auch auf Seite der Gegner seiner Eigenart noch so stark, dass ihm in § 18 der beschlossenen Statuten das Recht eingeräumt wurde von den 11 Mitgliedern des geschäftsleitenden Ausschusses der Partei fünf durch seinen Zentralvorstand bestimmen zu lassen. Mit dieser Konzession gab sich der Grütliverein des „lieben Friedens“ halber zufrieden, in der Hoffnung, nun wieder für längere Zeit von seinen Gegnern in der Partei in Ruhe gelassen zu werden. Dass er in Solothurn sich mit einer „bösen Frau“ verheiratet hatte, darüber war er sich im ersten Jahrzehnt der Ehe hinreichend klar geworden.

4.

Es liegt in der Natur aller unklaren, verworrenen Verhältnisse, dass sie auf die Dauer niemand befriedigen, niemand wirklichen Nutzen bringen können. Logische Widersprüche, die in den Dingen liegen, hören nicht auf zu existieren, auch wenn man vermeidet, sie zu denken, beflissen ist, sie zu übersehen und unbeachtet zu lassen.

In einem solchen unklaren und widerspruchsvollen Verhältnis befindet sich aber der Schweizer. Grütliverein in seiner Stellung zur sozialdemokratischen Partei: Wenn er auch künftig sein und bleiben will, was er bisher seiner ganzen Geschichte nach und auf Grund der politischen Ideen und sozialen Auffassungen, denen er sein Dasein verdankt, gewesen ist; wenn er festhalten will an den geistigen und sittlichen Kräften, die ihn achtzig Jahre lang wachsen und immer wieder neue Zweige treiben ließen, so unterliegt es keinem Zweifel, dass er mit der Sozialdemokratie sich in einem dauernden Konflikt, im Zustand latenten oder offenen Gegensatzes befinden muss. Wer klar zu denken vermag, muss einsehen, dass die Fahrt, auf der sich heute die Sozialdemokratie befindet, nach ganz andern Zielen geht, als sie sich der Grütliverein gesteckt hat. Solange daher der Grütliverein bestrebt ist, seine Ziele zu

verfolgen, werden ihn die heute maßgebenden sozialdemokratischen Führer und die Massen, die diesen folgen, als Dorn im Auge, als Pfahl im Fleisch empfinden, und des Haders wird kein Ende sein. Entschließt er sich aber dazu, aufzugeben, worin sein Wesen, seine Eigenart begründet ist, glaubt er unter seine Vergangenheit und Traditionen einen Strich machen zu sollen, ist er bereit, seine sozialpolitischen Auffassungen und Methoden so umzugestalten, dass sie wahrhaft und echt sozialdemokratisch werden, also denen der Partei völlig entsprechen, so hat er sicher neben und in der Partei als besondere Organisation keine Berechtigung, ist seine Existenz überflüssig; und gegen die Forderung, sich zugunsten der Sozialdemokratie aufzulösen und beerben zu lassen, kann nichts Triftiges eingewendet werden.

Aus dieser Sachlage erklärt es sich, dass die 1911 in Olten geschaffene Parteiorganisation die Sozialdemokratie dauernd nicht befriedigen konnte und dass nach Verlauf weniger Jahre die Frage des Verhältnisses des Grütlivereins zur Partei von neuem aufgerollt werden musste, so sehr sich auch die Leitung des Grütlivereins dagegen stemmte.

Schon der äußere Anlaß zum Wiederaufleben des Konflikts ist höchst bezeichnend. Ihm lag die Tatsache zugrunde, dass es den Bemühungen der Grütlivereinsleitung gelang, an verschiedenen Orten mehrere sozialdemokratische Vereine, sog. Mitgliedschaften, mit den hier bestehenden Sektionen des Grütlivereins zu verschmelzen. „Würde dieser Plan“, erklärte man auf sozialdemokratischer Seite, „auf der ganzen Linie durchgeführt, so wäre das Schlussergebnis das Aufgehen der Partei im Schweizerischen Grütliverein.... Eine derartige „Reorganisation der Partei“ stände im stärksten Widerspruch zum Sinn und Geist der ganzen Verhandlung des Oltener Parteitags. Die Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie erfordert das Aufgehen des Grütlivereins in der Partei, ja, dieses Aufgehen in der Partei ist geradezu seine geschichtliche Aufgabe.“ Also jede weitere Ausbreitung und Stärkung des Grütlivereins auf Kosten kleiner, schwacher sozialdemokratischer Parteivereine wird von der Sozialdemokratie als eine Ungehörigkeit, ein Rückschritt empfunden und damit eo ipso die Existenzberechtigung des Grütlivereins negiert.

Nun lässt sich ja gut begreifen, dass die leitenden Männer an

der Spitze des Grütlivereins bemüht waren, mit den Führern der Sozialdemokratie trotz aller taktischen Differenzen und aller Verschiedenheit der politischen Auffassung eine Verständigung zu suchen. Dies Bestreben gehört mit zu den guten Traditionen des Grütlivereins, ist eine von ihm je und je geübte Methode. Wenn aber von der anderen Seite die Dinge soweit auf die Spitze getrieben werden, dass man dem Grütliverein das Recht, sich nach Kräften zu entwickeln, abspricht, wenn man seine Berechtigung, für seine Ideen und Auffassung zu werben und zu wirken, negiert, so hört sicherlich die Möglichkeit einer Verständigung auf, und es bleibt nur noch die Trennung oder der — Selbstmord übrig.

Es ist nun abermals charakterisch, dass die Führer der schweizerischen Sozialdemokratie nicht davor zurückschreckten, den Grütliverein vor diese Alternative zu stellen. *Sie* wollen sich mit ihm nicht verständigen, seinen Auffassungen keine Konzessionen einräumen, sondern sind entschlossen, tabula rasa zu machen. Das entspricht vollkommen der auf unbedingte Herrschaft, auf radikale Vernichtung aller von ihr abweichenden Anschauungen gerichteten Politik der Sozialdemokratie. Was einmal der „Wille der Massen“ ist, ein Wille, der freilich oft genug durch Suggestion und Aufpeitschung trüber Leidenschaften künstlich hervorgerufen wurde, muss durchgesetzt werden, unbekümmert was dabei aus Vernunft, Gerechtigkeit und den wirklichen Interessen der Arbeiter wird.

In dieser Beziehung lieferte der letzte Parteitag der Sozialdemokratie im November 1915 in Aarau ein geradezu klassisches Schulbeispiel, indem er, in Sachen des Grütlivereins, wie der Berner Tagwacht-Redakteur Grimm erklärte, „zwischen dem Willen der Partei und ihrer Leitung die Übereinstimmung“ herstellte. „Indem der Parteitag die Schranken beseitigt, die diese Übereinstimmung stören und damit die Beweglichkeit der Partei hindern, leistet er der Einigkeit der Partei einen größeren Dienst, als wenn er an Stelle sachlicher Gründe und politischer Notwendigkeiten, Geburtsdaten, Tradition und respektables Alter als Argumente akzeptiert.“

In der Tat ließ sich der Aarauer Parteitag von sentimentalischen Rücksichten auf die Organisation, die, wie einmal sehr zutreffend Heinrich Scherrer bemerkt hatte, das Tor gewesen war, durch welches die sozialistischen Ideen in die Schweiz Eingang gefunden hatten, nicht leiten. Er hörte nicht einmal auf diejenigen seiner

Führer mehr, welche ihm empfahlen, den Grütliverein und seine Leitung wenigstens nicht durch eine unnötig brutale Behandlung zu beleidigen und zu demütigen. Es gelüstete die radikalen Jakobiner recht eigentlich, ihr Mütchen an den Leitern des Grütlivereins zu kühlen, die ihnen, wie Paul Pflüger an dessen letzter Delegiertenversammlung im Juni in Luzern den Spiegel vorzuhalten gewagt und den „Geist des Grütlivereins“ noch einmal kraftvoll zur Abwehr des sozialdemokratischen „Geistes der Unfreiheit“ und „Parteidiktatur“ heraufbeschworen hatten. Mit großer Majorität wurde beschlossen, den Grütliverein als Zentralverband völlig aus der Partei auszumerzen, das Tischtuch zwischen ihm und der letzteren zu zerschneiden, und zwar beschlossen unter Mitwirkung einer nicht geringen Zahl Delegierten von Sektionen des Grütlivereins! Nun rächt es sich am Grütliverein selbst, dass er jahrelang das unklare, verworrene Verhältnis zur Partei hatte bestehen lassen. Vielen seiner Mitglieder war darin der „Geist des Grütlivereins“ abhanden gekommen, vielen nicht zum Bewusstsein gebracht, dass seine Auffassungen und Ideale mit der von der Sozialdemokratie eingeschlagenen Richtung unverträglich seien. Die *Berner Tagwacht* aber triumphierte, und von ihrem Standpunkte gewiss mit Recht. Sie schrieb:

„Der Aarauer Parteitag bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie. Eine zehnjährige Entwicklung drängte zur Entscheidung. Die Entscheidung fiel. Wichtig, zielklar, entschlossen. Der Streit um die Parteireorganisation war ein Kampf um die grundsätzlichen Richtlinien der Partei. Das wussten Freund und Gegner der Reorganisation, und darum konnte es keine Versöhnung, keinen Kompromiss geben. Die Partei musste sich klar werden über ihre künftige Marschroute, sie musste darüber entscheiden, ob ihre Grundsätze nur auf dem Papier stehen bleiben oder praktisch angewendet werden sollen. Das war die alles andere überragende Aufgabe des Parteitages, und er hat diese Aufgabe erfüllt.“

In der Tat bedeutet der Aarauer Parteitag einen Wendepunkt in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung; er ist gekennzeichnet durch die Niederwerfung des Grütlivereins und durch den Sieg des sozialdemokratischen Radikalismus. Das heißt aber nichts anderes, als dass für die schweizerische Arbeiterpolitik

in nächster Zukunft die unreifen und oberflächlichen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen jener Schichten der Arbeiterklasse maßgebend sein werden, welche national und sozial entwurzelt sind, die die Verbindung mit dem schweizerischen Volksgeist und seinen Traditionen verloren haben und statt dessen ihre Bestrebungen an ihrem noch dazu einseitig und beschränkt aufgefassten Klasseninteresse orientieren.

Diejenigen Elemente in der schweizerischen Arbeiterklasse aber, welche sich noch ein natürlich-gesundes National- und Zusammengehörigkeits-Bewusstsein mit ihrem Land, seinem Volk und historisch gewordenen Staat erhalten haben, die daher in erster Linie berufen wären, Träger einer Politik der Herstellung wachsender wirtschaftlicher und sozialer Solidarität zu sein und die imstande wären, aus sich heraus sozialistische Institutionen aufzubauen, schöpferische Arbeit zu leisten — sie sind in ihrem legitimen Einfluss auf die Leitung der Arbeiterpolitik ausgeschaltet, auf die Seite geschoben. Der impotente, in Klassenkampfphrasen schwelgende, einseitig kritisierende und nur zersetzend wirkende Wortradikalismus dagegen behauptet das Feld.

Wie lange wohl ?

5.

Auf diese Frage war die Ende Januar d. J. in Zürich tagende außerordentliche Delegiertenversammlung des Grütlivereins berufen, die Antwort zu erteilen. Sie musste darüber Auskunft geben, ob die Grütlianer die Situation begriffen, ob sie willens waren, ihren Gegnern in der Sozialdemokratie zu erlauben, dass sie über sie als über eine politische Leiche hinwegschritten, oder ob sie sich aufraffen, auf ihre Mission in der Arbeiterbewegung sich besinnen und, wie der *Grütlianer* sagte, sich wieder einen selbständigen Kopf aufsetzen wollten. Es ist sonnenklar, dass schließlich niemand eine Organisation wie den Grütliverein politisch kalt stellen kann, wenn sie noch an sich und ihr gutes Recht glaubt und den Mut hat, es zu verteidigen.

Der Antrag, den das Zentralkomitee des Grütlivereins den Delegierten zur Annahme zu empfehlen beschlossen hatte, ließ allerdings nichts Gutes erwarten. Er lautete:

„Der Schweiz. Grütliverein findet sich ab mit den Beschlüssen des sozialdemokratischen Parteitages 1915 in Aarau, und beschließt:

1. Der Schweiz. Grütliverein wird als Zentralverband aufrecht erhalten.

2. Das Zentralkomitee wird jedoch ermächtigt, auf Grund von Vorschlägen der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit dieser Verhandlungen zu pflegen, um die völlige Einheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu verwirklichen, unter Berücksichtigung aller Institute und Korporationen des Schweizerischen Grütlivereins, und das Resultat dieser Verhandlungen einer nächsten Delegiertenversammlung vorzulegen.“

Nach der kräftigen Fanfare, die der Präsident des Zentralkomitees, P. Pflüger, sieben Monate zuvor in Luzern geblasen hatte, konnte diese Resolution nur den Eindruck einer kläglichen Retirade machen.

Die Delegierten, die voll Spannung der Begründung dieses Antrages entgegensahen, wurden je nach ihrem Standpunkt durch das Referat des Vizepräsidenten des Zentralkomitees, E. Walter, teils angenehm, teils unangenehm enttäuscht. Es war auf einen sehr entschlossenen Ton gestimmt, voll schneidender Kritik an dem Verhalten der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Grütliverein und an ihrer demagogischen, momentane Volkstimmungen ausbeutenden Politik. Schlagend wies der Referent nach, dass die Anhänger der sogenannten Parteieinheit diese nicht aus technisch-administrativen Gründen anstrebten, sondern „man will den Geist treffen, der im Grütliverein lebt“. Nach den weiteren Ausführungen Walters wollte das Zentralkomitee seinen Antrag so verstanden wissen, dass die Selbständigkeit des Grütlivereins unbedingt so lange aufrecht gehalten werden sollte, bis Bürgschaften für eine *gesunde Entwicklung* der Partei und für eine *solide Politik* gegeben seien. Diese Rede wurde von *den* Grütlianern, die sich nicht so sehr als solche, sondern vor allem als Sozialdemokraten zu fühlen gelernt hatten, als eine Kriegserklärung empfunden, wie der Vertreter derselben, Advokat Huber-Rorschach, bemerkte. Da aber die Stimmung unter den Delegierten entschieden der Aufrechterhaltung des Grütlivereins günstig war, so hielten es seine sozialdemokratischen Auflösungsfreunde für geboten, ihre Krallen einzuziehen und vorläufig auf einen Kompromiss hinzuarbeiten. Ihre eigenen Anträge fallen lassend, die noch erheblich über den des Zentralkomitees hinausgingen, gaben sie sogar noch ihre Zustimmung dazu, dass der einleitende Satz gestrichen wurde, demzufolge sich der Grütliverein mit den Aarauer Beschlüssen abfinden zu wollen erklärte. In dieser Gestalt wurde schließlich ohne Widerspruch die Resolution des Zentralkomitees angenommen.

Bei dem Januskopf, den sie aufwies, konnte es nicht ausbleiben, dass sie von den Freunden und Gegnern des Grütlivereins in der Sozialdemokratie verschieden ausgelegt wurde. Während die Anhänger der Parteieinheit behaupteten, der Grütliverein habe prinzipiell seine Bereitwilligkeit zur Liquidation ausgesprochen, erklärten die Verteidiger seiner Selbständigkeit, die Delegierten hätten die Frage des Seins oder Nichtseins im positiven Sinne für das Sein entschieden.

Es hieße wohl sich einem reichlich großen Optimismus hingeben, wollte man aus den Verhandlungen der letzten Grütlianer-tagung den Schluss ziehen, dass nun die Gefahr für den Fortbestand des Grütlivereins dauernd beschworen sei. Eine in jeder Beziehung von der Sozialdemokratie unabhängige, mutige und auf die alten Grütlianerideale kraftvoll zurückgreifende Leitung vermöchte ohne Zweifel den Grütliverein nicht nur aus dieser seiner schwersten Krisis zu retten, sondern ihm auch eine neue glänzende Zukunft zu erkämpfen. Alle Zeichen der Zeit deuten darauf hin, dass auch die Arbeiterbewegung einem geistigen Umgestaltungsprozess entgegengeht, dass die Tage der antinationalen, klassenkämpferischen, marxistisch-doktrinären Sozialdemokratie gezählt sind. Viel mehr Intelligenzen, als es bis heute scheinen mag, haben innerlich mit der unfruchtbaren sozialdemokratischen Dogmatik gebrochen; selbst in weiten Kreisen der Arbeiterschaft besteht eine Sehnsucht nach neuen schöpferischen Gedanken. Der Grütliverein hätte also heute bei einer Trennung von der sozialdemokratischen Partei in Wahrheit nicht nur nichts zu verlieren, sondern im Gegenteil alles zu gewinnen. Würde er sich entschlossen an die Spitze der im Anzug befindlichen geistigen Erneuerungsbewegung innerhalb der Arbeiterpartei stellen, so könnte er den unheilvollen Bann brechen, der die gegenwärtige Politik der Arbeiterklasse zur Unfruchtbarkeit verurteilt, und dadurch eine ungemein segensreiche Tat, die ihm Tausende von neuen Freunden zuführen müsste, vollbringen. Dass der bisher herrschende, sich äußerlich so revolutionär gebärdende, in Wirklichkeit aber die soziale Emanzipation der Arbeiter hemmende und gefährdende Radikalismus innerlich haltlos ist, zeigt besser als alles andere die Tatsache, dass er sich nur noch durch Anwendung der reaktionärsten Gewaltmittel, durch Vergewaltigung der Überzeugungen

andersdenkender Parteimitglieder und durch Ausübung des ärgsten Gewissenszwanges zu behaupten weiß.

Ob freilich der Grütliverein die Gunst der Stunde nutzen wird, ob er sich, neu beseelt vom Geiste eines Galeer, zur Höhe einer großen sozialgeschichtlichen, in der Arbeiterbewegung Epoche machenden Tat aufzuschwingen und seine Überzeugung von der auf Irr- und Abwege geratenen schweizerischen Sozialdemokratie durch eine die Situation klärende Scheidung von ihr zu bekräftigen vermag — diese Frage, mit der heute das weitere Schicksal des Grütlivereins verknüpft ist, liegt heute noch immer im Dunkeln.

Eines aber lässt sich mit aller Bestimmtheit sagen. Es ist dies:

Wiederholt haben die Führer der Arbeiter der Ansicht Ausdruck gegeben, dass die Arbeiterbewegung den Beruf habe, sich zu einer allgemeinen sozialen *Kulturbewegung* zu erweitern, dass es sich bei ihr darum handle, das arbeitende Volk im weitesten Sinne auf eine höhere Stufe physischer, geistiger und moralischer Bildung zu heben.

Heute, wo dies Ideal einer höheren Kultur und Bildung durch die Proklamierung des Grundsatzes, dass die Führer der Arbeiterbewegung es als ihre oberste Pflicht anerkennen müssten, *gehorsame Werkzeuge des Willens der Massen* zu sein, in der sozialdemokratischen Partei eine so eigenartige Beleuchtung erfährt, darf die Öffentlichkeit wohl verlangen, zu erfahren, ob der Sozialismus künftig noch länger als ein soziales Kulturideal angesehen werden soll oder ob man in ihm nichts anderes zu erblicken hat als eine *kulturfeindliche Massen- und Klassenselbstsuchtslehre*. Auf diese Frage werden die Führer des schweizer. Grütlivereins so oder anders bald eine klare, unzweideutige Antwort geben *müssen!*

ZÜRICH

H. MÜLLER



„Alle diejenigen, die es von der Hand weisen, dass jemals Deutschland wieder gemeinsame Sache mit England machen könnte, ja, die es als einen frevelhaften Wahn hinstellen, auch nur die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass England später ein Bündnis mit Deutschland wünschen werde, sie alle laden darum die große Schuld auf sich, unbewusst auf ein künftiges Bündnis zwischen Deutschland und Russland hinzuwirken, sie trifft die Verantwortung, wenn dereinst diese von ihnen entschieden bestrittene Gefahr Wirklichkeit geworden sein wird.“

Rudolf Goldscheid, *Deutschlands größte Gefahr*, 1915.